



Regierungsrat

Luzern, 9. April 2019

ANTWORT AUF ANFRAGE

A 635

Nummer: A 635
Protokoll-Nr.: 366
Eröffnet: 23.10.2018 / Bildungs- und Kulturdepartement

Anfrage Keller Irene und Mit. über den Stellenwert der politischen Bildung auf den unterschiedlichen Schulstufen im Kanton Luzern

Zu Frage 1: Wann soll aus Sicht Regierungsrat die politische Bildung im Unterricht starten? Gibt es aus seiner Sicht Unterschiede im Inhalt des Unterrichts je nach Stufe?

Politische Bildung im weiteren Sinn (also Demokratiebildung) ist Aufgabe aller Schulstufen. Die Ziele und die Inhalte unterscheiden sich entsprechend dem Alter der Lernenden. Auf der Primarstufe ist die politische Bildung Teil des Sachunterrichts und darauf ausgerichtet, dass Schülerinnen und Schüler lernen, miteinander umzugehen, die Gemeinschaft mitzugestalten und sich eine eigene Meinung zu bilden. Auf der Sekundarstufe I findet im Rahmen des Faches Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG) eine Einführung in politische Systeme und Demokratiekonzepte statt, in die schweizerische Demokratie, aber auch die Sensibilisierung für Rechte und Pflichten, insbesondere für Verfassungs- und Menschenrechte und die Positionierung der Schweiz in Europa. Auf der Sekundarstufe II geht es um eine Systematisierung der politischen Bildung, um Wissen, Verstehen und Urteilsbildung.

Aus unserer Sicht soll die politische Bildung systematisch in der Sekundarstufe I bearbeitet werden. Im Lehrplan ist diese Zuordnung so vorgesehen. Dies schliesst allerdings nicht aus, dass bereits im zweiten Zyklus (3. bis 6. Primarklasse) bei besonderen Gelegenheiten Themen zur politischen Bildung besprochen werden. Mit Erlangung der Volljährigkeit der Lernenden können in den Schulen der Sekundarstufe II Abstimmungsvorlagen noch konkreter diskutiert oder bei Wahlen Hilfsmittel wie z.B. die Plattform «smartvote.ch» einbezogen werden.

Zu Frage 2: Im Lehrplan 21 ist die politische Bildung auf der Sekundarstufe I im Fach RZG (Räume, Zeiten, Gesellschaften) vorgesehen, das lediglich zwei Wochenlektionen umfasst. Was sind die Überlegungen und Begründungen für diesen Entscheid? Wie wurden die Inhalte der politischen Bildung im Prozess zum Lehrplan 21 berücksichtigt und eingeschätzt?

Im Lehrplan 21 sind die beiden Fächer Geschichte und Geografie im Fach RZG zusammengefasst worden. Bei der Bearbeitung verschiedener Themen können so Synergien erzielt werden. Im Kanton Luzern umfasst das Fach RZG in allen drei Jahren der Sekundarschule drei Lektionen und nicht zwei Lektionen. Damit kann die Bearbeitung der verschiedenen Themen insgesamt gut sichergestellt werden. Die politische Bildung wird in einem speziellen Themenbereich mit drei Kompetenzen im Lehrplan aufgeführt. Diese Kompetenzen decken die bedeutsamen Aspekte der politischen Bildung gut ab. Im Hinblick auf die Bearbeitung der

politischen Bildung haben wir für die erste und zweite Sekundarklasse je eine Unterrichtseinheit entwickeln lassen, welche den Schulen digital zur Verfügung gestellt werden (www.entdecke.lu.ch).

Zu Frage 3: Wie beurteilt der Regierungsrat die Umsetzung der politischen Bildung an den Berufsfachschulen? Worin liegen die Erfolgsfaktoren für diesen Unterricht? Worin die Unterschiede zu den Gymnasien, Berufsmittelschulen und Fachmittelschulen im Kanton Luzern?

An den **Berufsfachschulen** findet die politische Bildung vor allem während des allgemeinbildenden Unterrichts (ABU) statt. Dieser vermittelt gemäss dem Rahmenlehrplan den Lernenden grundlegende Kompetenzen, die "den Lernenden als Orientierung im persönlichen Lebenskontext [...] und in der Gesellschaft" dienen und "sie bei der Bewältigung von privaten und beruflichen Herausforderungen" unterstützen. Der allgemeinbildende Unterricht erfolgt themen- und handlungsorientiert. Er umfasst jeweils 120 Lektionen pro Schuljahr und ist curricular aufgebaut. Die politische Bildung umfasst rund 60 % aller Lektionen und ist vor allem durch Lernziele folgender Themenfelder abgedeckt:

- Heimat und Staat (33 Lektionen): Die Lernenden leben in einem pluralistischen Umfeld, welches sie zunehmend aktiv mitgestalten können. Sie kennen ihre wesentlichen Rechte und Pflichten sowie das Prinzip der Machtteilung in einer Demokratie. Sie bilden sich mit Hilfe unterschiedlicher Quellen eine begründete eigene Meinung zu anstehenden Herausforderungen und können diese bei Wahlen und Abstimmungen korrekt vertreten.
- Steuern und Gerechtigkeit (33 Lektionen): Der Staat nimmt wesentliche Aufgaben für die Gesellschaft und somit auch für jeden Einzelnen wahr. Dazu braucht er finanzielle Mittel, welche er auf unterschiedlichen Wegen beschafft. Die Lernenden erkennen den Nutzen und die Finanzierung dieser Staatsaufgaben und sind in der Lage ihrer persönlichen Steuerpflicht nachzukommen.
- Globalisierung und Nachhaltigkeit (33 Lektionen): Die Lernenden leben in einer Welt, die im Zeichen der Globalisierung zusammenrückt, immer vernetzter und produktiver, aber auch einheitlicher und verletzlicher wird. Diese Tatsache führt zu einer weltweiten mehrfachen Abhängigkeit. Die Lernenden sollen für ein ganzheitliches Denken und Handeln sensibilisiert werden. Zunehmende Migrationsströme, globale Umweltprobleme und gewaltsame Konflikte bedingen staatsübergreifende Lösungsansätze. Eine globale Sichtweise soll den Lernenden helfen, lokal vernünftig und nachhaltig zu handeln.

In jedem Lehrjahr stehen zudem rund 15 Lektionen für Aktualitäten und Wahlbereiche zur Verfügung. Es werden Tagesaktualitäten, Abstimmungen und Wahlen behandelt und auch Podien mit Politikerinnen und Politikern durchgeführt. Diese Themen weisen immer einen hohen politischen Gehalt auf. Erfolgsfaktoren für den Allgemeinbildenden Unterricht liegen – wie bei anderen Bildungsinhalten und Kompetenzen auch – in der Unterrichtsqualität. Dazu gehören gut ausgebildete Lehrpersonen, die lernwirksame Unterrichtssettings gestalten können (z. B. durch ein lernförderliches Arbeitsklima, Strukturierung, Kompetenzorientierung, Förderangebote).

An den **Berufsmaturitätsschulen** vermittelt die politische Bildung gemäss Rahmenlehrplan Grundwissen vor allem zum Verständnis politischer Prozesse: Die Lernenden werden über die wesentlichen Strukturen und Funktionsweisen des Staates sowie über ihre staatspolitischen Rechte und Pflichten informiert (20 Lektionen). Sie erkennen, dass Politik und Medien in Wechselbeziehungen zu einander stehen und durch Interessenvertretungen beeinflusst werden. Auf dieser Basis und in Auseinandersetzung mit historischen wie auch aktuellen politischen Fragen, Abstimmungen und Wahlen (Podien) bilden sich die jungen Menschen in politischen Themen eine fundierte Meinung und tragen später als aufgeklärte Persönlichkeiten eine demokratische Kultur und pluralistische Gesellschaft mit. Aktuellen Herausforderungen ist mit 30 Lektionen ein beträchtlicher Anteil der Lektionen des Fachs Geschichte und Politik gewidmet.

An den Luzerner **Fachmittelschulen** wird neben zwei Lektionen Geschichte pro Schuljahr zusätzlich während einem Schuljahr eine Lektion Staatskunde unterrichtet. Die Fachmittelschule bereitet für ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule vor, die angehenden Lehrpersonen setzen sich dadurch während ihrer Ausbildung auf Sekundarstufe II mit politischer Bildung auseinander.

An den **Gymnasien** ist zwischen dem Untergymnasium und dem Obergymnasium zu unterscheiden. Für das Luzerner Untergymnasium werden die Lehrpläne überarbeitet und ab Sommer 2019 einlaufend eingeführt. Im Fach Geschichte werden die Lernenden im ersten Jahr des Untergymnasiums das Thema Menschenrechte sowie Demokratie (Bundesstaat, Gewaltenteilung) und im zweiten Jahr das fachliche Teilgebiet "Politisches System der Schweiz" im Unterricht behandeln. Die Lehrpläne des Obergymnasiums werden in den kommenden Jahren ebenfalls überarbeitet werden. Die politische Bildung ist bereits jetzt vor allem im Fach Geschichte verortet sowie auch in Wirtschaft & Recht und weiteren Fächern (Geographie, Philosophie), in welchen aktuelle Themen mit politischen Fragestellungen aufbereitet werden. Im Fach Geschichte sind im Lehrplan des Obergymnasiums zusätzliche spezifische Richtziele zur Vermittlung der "Staatskunde" formuliert. Die politische Bildung wird zur Veranschaulichung auch mit Exkursionen verbunden (z.B. Bundeshaus Bern), es werden politische Podien veranstaltet bzw. besucht oder Lernende nehmen am Wettbewerb "[Jugend debattiert](#)" teil. Die Kantonsschule Alpenquai Luzern führt ein integriertes Curriculum zu Themen der Politischen Bildung aus den Fächern Geographie, Geschichte und Wirtschaft & Recht sowie eine [Herbststudienwoche in der 4. Klasse](#) durch. Zusätzlich findet in der 5. Klasse des Gymnasiums am Alpenquai eine Lektion "Politische Bildung" eingebunden in den Fachbereich Wirtschaft und Recht statt. In den beiden letzten Jahren des Gymnasiums wählen die Lernenden ein Ergänzungsfach. Im Ergänzungsfach Geschichte beinhalten ca. 38 Lektionen die Themen der politischen Bildung (Hintergründe zum Verständnis des aktuellen Weltgeschehens erarbeiten, die Rolle der Schweiz im internationalen Umfeld verstehen und beurteilen, etc.). Es finden sich weitere spezifische Beispiele unter den Luzerner Gymnasien, so haben die Block- oder Sonderwochen zum Teil einen Bezug zur politischen Bildung.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass die Unterschiede zwischen den Bildungsangeboten auf der Sekundarstufe II in der unterschiedlichen Gesamtzahl der Lektionen und dem Anspruchsniveau der Bildungsziele liegen. Insgesamt beurteilen wir die politische Bildung auf der Sekundarstufe II als ausreichend. Wir schliessen uns damit der [Beurteilung des Bundesrates](#) an.

Zu Frage 4: Wie ist die Umsetzung der politischen Bildung im Unterricht auf den unterschiedlichen Schulstufen in den anderen Kantonen der Zentralschweiz, aber auch in Kantonen wie Aargau, Bern, Zürich oder St. Gallen geregelt?

Trotz des einheitlichen Deutschschweizer Lehrplans 21 für die Volksschulen setzen die Kantone der Deutschschweiz insbesondere in den Gesellschaftswissenschaften die Vorgaben der Kompetenzorientierung unterschiedlich um. Das bedeutet unterschiedliche Stundentafeln oder gar ein separates Fach Geschichte, in das die politische Bildung integriert ist. Als bisher einziger Kanton der Deutschschweiz führt der Aargau im letzten Schuljahr der Volksschule das neue Fach "Politische Bildung" für alle Lernenden mit einer Lektion pro Woche verbindlich ein. Damit soll das Verständnis der politischen Zusammenhänge und Prozesse gefördert werden, das für die Jugendlichen mit zunehmendem Alter an Bedeutung gewinnt. Grosse Unterschiede bestehen bei der Umsetzung der politischen Bildung an der Volksschule auch aufgrund der gewählten Lehrmittel. Die für den Kanton Luzern obligatorische "Zeitreise" bietet in separaten Kapiteln politische Bildung an, beispielsweise im 7. Schuljahr das Thema "Zusammenleben in der Schweiz" und im 9. Schuljahr das Thema "Menschenrechte und De-

mokratie". Für kantonsspezifische Aspekte werden in Luzern ebenfalls Lehr- und Lernmaterialien entwickelt. So haben wir im Rahmen der Plattform entdecke.lu.ch zwei Unterrichtseinheiten zur politischen Bildung entwickelt.

Bei den Gymnasien zeigt ein Blick in die Studentafeln der erwähnten Kantone, dass die Kantonsschule Alpenquai Luzern mit einer separat ausgewiesenen Lektion "Politische Bildung" eine Sonderstellung aufweist. Das Thema ist in anderen Gymnasien in die Lehrpläne der Fächer Geschichte sowie Wirtschaft und Recht integriert (z.B. Kantone AG, SG, ZH, BE, ZG, OW). Der Einbezug des Fachbereichs "Staatskunde" in das Fach Geschichte entspricht den Vorgaben des nationalen Rahmenlehrplans für die gymnasialen Maturitätsschulen, deshalb wird selten ein separates Lektionengefäss dafür geschaffen.

Der neue nationale Rahmenlehrplan für die Fachmittelschulen steckt für das Fach Geschichte vier Lerngebiete ab, eines davon ist die "Politische Bildung", das Thema ist somit national verankert. Auch bei den Berufsfachschulen und den Berufsmaturitätsschulen sind die nationalen Rahmenlehrpläne massgebend.

Zu Frage 5: Wie ist die Ausbildung der Lehrkräfte an der PH Luzern im Bereich politische Bildung gestaltet? Gibt es Unterschiede zur entsprechenden Ausbildung an andern pädagogischen Hochschulen?

Die Ausbildungen der Lehrpersonen an den verschiedenen pädagogischen Hochschulen spiegeln die bestehende Situation der unterschiedlichen Lehrpläne und deren kantonspezifischer Umsetzung. Trotz der gemeinsamen Rahmenvorgaben der EDK hinsichtlich der Anerkennung von Lehrdiplomen gibt es Unterschiede in der Ausgestaltung der politischen Bildung in den verschiedenen Studiengängen.

- Primarstufe: Für die künftigen Lehrpersonen der Primarstufe ist politische Bildung als Anliegen in verschiedenen Fächern integriert und wird spezifisch in den Modulen für den Unterricht in "Natur, Mensch, Gesellschaft" angeboten.
- Sekundarstufe I: In der Ausbildung für künftige Lehrpersonen für die Sekundarstufe I haben Studierende mit der Fachwahl "Geschichte/Geographie (Räume, Zeiten, Gesellschaften)" im Schwerpunkt Geschichte eine Semesterveranstaltung "Politik", in der die Studierenden ihr fachwissenschaftliches Wissen erweitern und das auf Maturitätsstufe Erworbene ausbauen. Zudem findet eine Semesterveranstaltung zur politischen Bildung im engeren Sinne statt. Die Studierenden beschäftigen sich damit, wie sie das erworbene Fachwissen im Unterricht praktisch umsetzen und wie sie die Lehrmittel zu diesem Thema kompetent einsetzen.
- Sekundarstufe II: Die fachwissenschaftliche Ausbildung findet an einer Universität statt. Für die didaktische Ausbildung ist bisher Politik und politische Bildung für künftige Geschichtslehrpersonen in der Ausbildung integriert. Hier wird künftig ein separates Modul (Semesterveranstaltung) mit politischer Bildung angeboten und mit der Studienplanreform 21 umgesetzt.

Im Unterschied zu einigen anderen Pädagogischen Hochschulen bietet die PH Luzern für die Studierenden der Sekundarstufe I mit Fachwahl "Geschichte/Geographie (Räume, Zeiten, Gesellschaften)" spezifische Veranstaltungen für die politische Bildung an.

Zu Frage 6: Wie steht die Regierung zur Forderung des Jugendparlamentes, der politischen Bildung im 9. Schuljahr mehr Gewicht zu geben und analog zu den sogenannten «Ethik-Halbtagen» die Durchführung einer bestimmten Anzahl «Politik-Halbtage» als verbindlich zu erklären?

Es gibt Volksschulen, welche den konfessionellen Religionsunterricht an einzelnen Halbtagen pro Semester durchführen. Dies ist aber aufgrund des jeweiligen Stundenplans und der Verfügbarkeit von Fachräumen nicht überall gleich gut möglich. Sofern sich analoge Halbtage für politische Bildung gut in den Stundenplan einfügen lassen, erachten wir diese durchaus als zielführend, insbesondere wenn so aktuelle Themen in den Unterricht eingebunden und vertieft behandelt werden können.

Die Einführung entsprechender Halbtage müsste an den Kantonsschulen schulorganisatorisch geprüft und verbindlich im Curriculum eingebettet werden. Die bestehenden Angebote würden jedoch dadurch "konkurrenziert" bzw. müssten umgestaltet werden. Sinnvoll ist der Einbezug in bereits bestehende Projekt- oder Sonderwochen. An den Kantonsschulen besteht die Erfahrung, dass mit der Erlangung des Stimmrechts die politische Bildung im Vormatura- oder Maturajahr nochmals konkreter von den Lernenden wahrgenommen wird. Der richtige Zeitpunkt wäre aus Sicht der Kantons- sowie auch Fachmittelschulen deshalb nicht das 9. Schuljahr, sondern der Zeitpunkt, wenn viele der Schülerinnen und Schüler volljährig werden.

Aus unserer Sicht wird der politischen Bildung im Unterricht an den Luzerner Schulen angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Diese Aufgabe kann und soll jedoch nicht ausschliesslich durch die Schulen wahrgenommen werden. Neben den bereits erwähnten bestehenden Angeboten sind auch Eltern und politische Parteien gefordert, den Jugendlichen Politik näher zu bringen und sie zu befähigen, mitzureden, mitzugestalten und mitzuentscheiden. Wir sehen deshalb keinen Bedarf die Schulen im 9. Schuljahr zur Durchführung von "Politik-Halbtagen" zu verpflichten.